



An

Bundesministerin Svenja Schulze
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
11055 Berlin

01. Oktober 2021

Offener Brief:

EU-Waldstrategie für 2030 und die bevorstehenden Schlussfolgerungen des EU-Ministerrates

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

der Zustand unserer Wälder in Deutschland und Europa erfüllt uns mit großer Sorge. Eine zu intensive Bewirtschaftung, größtenteils naturferne Waldbestände und die fortschreitende Biodiversitäts- und Klimakrise haben bereits zu stark geschwächten Ökosystemen geführt. Die von der EU-Kommission vorgelegte Waldstrategie für 2030, die Wälder nicht nur als Rohstoffquelle, sondern als schützenswerte Lebensräume betrachtet, wird deshalb von uns unterstützt.

Wir wollen Sie ermutigen, sich gegen die zum Teil sehr einseitige und rückwärtsgewandte Positionierung der Agrarminister*innen zu wenden und sicherzustellen, dass die wichtigen Umweltverpflichtungen der Strategie durch das BMU im EU-Ministerrat vollumfänglich Unterstützung finden. Eine Annahme des vorliegenden Entwurfes der Schlussfolgerungen des Rates würde die EU-Waldstrategie für 2030 erheblich schwächen.

Wälder spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, den dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt zu bremsen. Sie bieten ein erhebliches Potenzial für die Abschwächung der Klimakrise, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen klimabedingte Extremwetterereignisse und erfüllen lebensnotwendige Ökosystemleistungen. Die Vorschläge der Europäischen Kommission in der neuen EU-Waldstrategie für 2030 beinhalten ermutigende Verpflichtungen zum Schutz und zur Verbesserung der Gesundheit und Widerstandsfähigkeit der Wälder in der EU, wie z. B. den Fokus auf den strikten Schutz von Alt- und Primärwäldern oder die Umstellung auf eine naturnähere Waldwirtschaft. Leider geht die Strategie die Ursachen der Waldschädigung und -zerstörung und des Verlustes der biologischen Vielfalt nur zaghaf an und stützt sich hauptsächlich auf freiwillige Ziele und Maßnahmen. Dies ist vor allem auf den Druck der Agrarminister*innen und der Forstindustrie im Vorfeld der Veröffentlichung zurückzuführen.

Entgegen der Positionierung einiger Agrarminister*innen hat die EU ein starkes Mandat, zum Schutz der Wälder tätig zu werden. Die Strategie trägt gleichwohl dem Subsidiaritätsprinzip in vollem Umfang Rechnung. Es gibt eine lange Tradition von EU-Maßnahmen zur Unterstützung bestimmter forstbezogener Aktivitäten in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten. Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sieht eine eindeutige Zuständigkeit der EU für Umweltschutzmaßnahmen vor, die auch dann gegeben ist, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen forstwirtschaftliche Fragen berühren, wie der Gerichtshof der Europäischen Union 1999 klarstellte. Die Strategie steht außerdem in vollem Einklang mit dem in Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Subsidiaritätsprinzip, da die Umweltschutzziele auf der Ebene der Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend erreicht werden können. Maßnahmen zum Schutz und zur Überwachung der Alt- und Primärwälder müssen auf EU-Ebene angegangen werden, da sie nur hier die volle und notwendige Wirksamkeit entfalten können.

Der EU-Ministerrat hat nun die Gelegenheit, mit seinen Schlussfolgerungen die Verpflichtungen in der europäischen Waldstrategie zu unterstützen und zu stärken. Dafür ist eine starke Beteiligung des deutschen Bundesumweltministeriums von entscheidender Bedeutung. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Umweltbelange bei der Formulierung des nationalen Standpunkts zur EU-Waldstrategie angemessen berücksichtigt werden und eine weitere Schwächung der Strategie verhindert wird.

Wir appellieren daher an Sie, sich gemeinsam mit den Umweltminister*innen der anderen Mitgliedsstaaten für eine starke Unterstützung der EU-Waldstrategie durch den Rat einzusetzen. Gerne stehen wir Ihnen für Fragen und Diskussion zu den genannten Punkten zur Verfügung.

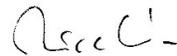
Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt
Vorsitzender
BUND



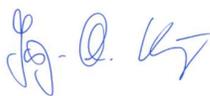
Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Jürgen Maier
Geschäftsführer
Forum Umwelt und
Entwicklung



Martin Kaiser
Geschäftsführender
Vorstand
Greenpeace



Jörg Andreas Krüger
Präsident
NABU



Jonathan Schultz
Vorstand
ROBIN WOOD



Christoph Heinrich
Vorstand
WWF Deutschland